

DIGITALER FORTSCHRITT FÜR GRAUBÜNDEN

Von Peter Peyer, Regierungsratskandidat SP Graubünden, Trin

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen

Der Journalist Mark Dittli hat unter dem Titel «Aufstieg der Maschinen» in der Online-Zeitung «Republik» am 16. Januar 2018 folgendes geschrieben (Zitat):

«Der Sieg von AlphaGo – [ein von Google entwickelter Computer über Ke Jie, seines Zeichens der beste Spieler des 3000 Jahr alten Chinesischen Brettspiel „Go“] - symbolisiert die enormen Fortschritte, die auf Gebieten wie künstlicher Intelligenz, selbstlernenden Systemen und in der Robotik in den vergangenen Jahren erreicht wurden: Vom «Second Machine Age» oder der vierten industriellen Revolution ist die Rede – und wie in früheren Phasen grosser technologischer Fortschritte kursiert auch gegenwärtig die Furcht, die Umwälzungen könnten zum Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen führen. Wie plausibel sind diese Ängste, zumal die Arbeitslosenraten gegenwärtig weltweit sinken und in zahlreichen Ländern nahezu Vollbeschäftigung herrscht? Die Historie spricht eine deutliche Sprache: In keiner der drei früheren industriellen Revolutionsphasen haben sich die Befürchtungen grosser Arbeitsplatzverluste über längere Frist betrachtet bewahrheitet. Stets sind genügend neue Jobs entstanden, die die durch die Automatisierung obsolet gewordenen Stellen kompensiert haben. Die Geschichte zeigt aber auch: Die existenziellen Fragen für eine Volkswirtschaft während einer industriellen Revolution drehen sich nicht um die Zahl der Arbeitsplätze per se, sondern um die Folgen der Anpassungsprozesse und – vor allem – um die Verteilung des Wohlstandes.»

Soweit Mark Dittli. Kürzlich hat sich Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin, Nationalrätin, Multimillionärin an einer Medienkonferenz der SVP Schweiz zum Thema Personenfreizügigkeit, flankierende Massnahmen und Gesamtarbeitsverträge geäussert. In den Bündner Tageszeitungen «Südostschweiz» und «Bündner Tagblatt» doppelte sie nach. Zusammengefasst lassen sich ihre Aussagen wie folgt wiedergeben: Die Personenfreizügigkeit, die Flankierenden Massnahmen, Gesamtarbeitsverträge und die darin enthaltenen Mindestlöhne schaden dem Schweizer Arbeitsmarkt.

Natürlich haben diese Behauptungen zu Widerspruch geführt. Zurecht. Sie halten einer seriösen Prüfung nicht stand. Gemäss den aktuellsten Indexzahlen ist die Schweiz das produktivste und innovativste Land weltweit. Wahrscheinlich sind wir auch das reichste Land. Der Wohlstand ist einigermassen breit verteilt, die Schere zwischen sehr reich und arm ist vergleichsweise wenig geöffnet. Ganz offensichtlich schaden weder die Personenfreizügigkeit noch faire Anstellungsbedingungen und anständige Löhne dem Werkplatz Schweiz. Im Gegenteil. Sonst würde es der Schweizer Wirtschaft kaum so gut gehen. Sonst hätten wir nicht den Wohlstand, den wir haben.

Es gibt aber ein paar Herausforderungen für die kommenden Jahre. Neben dem Klimawandel ist es insbesondere die Digitalisierung. Deren Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Berufsbilder, Arbeits- und Freizeit sind noch diffus und werden je nach Standpunkt auch unterschiedlich beurteilt.

Damit schliesst sich der Kreis von Martullo zu Dittli. Denn: Erfolg oder Misserfolg der Digitalisierung aus Sicht des Gemeinwohls wird sich an der Fähigkeit der Politik zeigen, den technischen Fortschritt auch in gesellschaftlichen Fortschritt umzumünzen. Dabei müssen zentrale Fragen überzeugend beantwortet werden, die wir in unserem heute zur Diskussion stehenden Positionspapier auf der Seite 2 formuliert haben:

- Schaffen wir es, dass der Produktivitätsfortschritt digitaler und automatischer Prozesse bei allen ankommt und nicht nur bei den Aktionären oder in den Industriestaaten?

- Schaffen wir es, unsere Bildungssysteme so zu gestalten, dass alle Menschen auf die neuen Realitäten vorbereitet werden?
- Braucht es im Zeitalter der künstlichen Intelligenz eher eine Stärkung der Kreativität, des kritischen Denkens und der emotionalen Intelligenz statt eine Fokussierung auf die sogenannten MINT-Fächer?
- Wie verändern wir unser Steuersystem, um den Wandel von menschlicher zu maschineller Arbeit im Interesse des Gemeinwohls zu gestalten?
- Wie verändern wir unsere Arbeitsgesetzgebung und unsere Sozialsysteme, damit der digitale Fortschritt nicht viele Verliererinnen und Verlierer auf dem Arbeitsmarkt produziert?
- Wie gestalten wir unser Medien- und Informationssystem, damit ein unabhängiger Journalismus auch im Zeitalter digitaler Informationsübersättigung seine meinungsbildende und demokratieerhaltende Funktion erfüllen kann?
- Wie schützen wir die Privatsphäre und die Daten der Bürgerinnen und Bürger vor dem Zugriff des Staates, aber vor allem auch der Konzerne und anderweitiger kommerzieller Interessen?
- Wie garantieren wir die Netzneutralität und damit den freien Zugang zum Netz und die Gleichbehandlung aller Datenübertragungen?

Condoleezza Rice, die ehemalige US-Aussenministerin, hat es in der NZZ vom 26. Februar 2018 wie folgt auf den Punkt gebracht (Zitat): «Technologie ist an sich weder gut noch schlecht, es kommt darauf an, ob sie vom Menschen gut oder schlecht genutzt wird. Doch unsere Weisheit ist nicht immer auf der Höhe unseres technischen Wissens.» (Zitat Ende)

Hier muss die SP ansetzen. Wir sind in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Digitalisierung gut und zum Wohle aller genutzt wird. Doch was heisst das konkret?

Im aktuellen Wahlkampf sprechen alle politischen Parteien und alle Regierungskandidaten irgendwie von der Digitalisierung. Doch was sie genau darunter verstehen oder wie diese politisch gestaltet und finanziert werden soll, wird kaum erläutert. Wir, die SP, wollen etwas mehr Verbindlichkeit schaffen. Selbstverständlich ist auch unser Vorschlag kein abschliessendes Konzept, das den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Aber immerhin stellen wir dar, wie die SP Graubünden erstens die Chancen der Digitalisierung anpacken will; zweitens diese zum Wohle aller BündnerInnen gestalten will; und drittens die Risiken der Digitalisierung benennen und minimieren will.

Deshalb in der gebotenen Kürze einige Ausführungen zum vorliegenden Papier und den darin erwähnten drei Themenkreisen:

1. Chancen erkennen und nutzen – was wir wollen:

Die SP fordert mehr Pioniergeist und Fortschritt bei der Digitalisierung. Dafür muss die Politik einen «Masterplan Zukunftssprung Graubünden» entwickeln. Dieser Plan soll die für den Kanton notwendigen nächsten Schritte aufzeigen. Mutig, fortschrittlich, aber nicht blind. Er soll folgende Punkte beinhalten:

- Die Randregionen zu Zentren machen dank schnellen Leitungen in die ganze Welt.
- Bildungsinstitutionen und Spitäler dezentral erhalten und mit den Zentren verbinden und so die Abwanderung stoppen; beispielsweise indem
 - SpezialistInnen im Zentrumsspital ihr Wissen via schnelle Leitungen in die Peripherie übertragen, das Pflegeangebot bleibt vor Ort.
 - Schulen können Lehrpersonen virtuell «austauschen», die Schülerinnen, Schüler und Studierenden und die pädagogische Betreuung bleiben vor Ort.
- Die Dreisprachigkeit kann dank leichterem und schnellerem Austausch zwischen den und innerhalb der (geografisch oft getrennten) Sprachregionen gestärkt und gefördert werden, z.B. mit neuen Übersetzungsprogrammen, Online-Zeitungen und Sprachforschung.
- Unsere Vorteile mit der geografischen Lage mitten in Europa, mit zahlreichen High-Tech-Unternehmen und nahegelegenen Bildungsinstitutionen mitten in intakter Natur als

Alleinstellungsmerkmal in Wert setzen und für Diversifizierung und Wirtschaftswachstum nutzen und optimal vernetzen.

- Unseren Tourismus auf die Chance vorbereiten, dass dank den Produktivitätsfortschritten der globalen Digitalisierung die Arbeitszeit sinken könnte, was ein mögliches Wachstum der touristischen Nachfrage bedeutet.

2. Digitalisierung zum Wohle aller BündnerInnen gestalten – wie wir das erreichen:

Die Hälfte des 80-Millionen-Topfs für sogenannte «systemrelevante Infrastrukturen» umlagern in einen «Digitalisierungsfonds». Denn die Digitalisierung ist systemrelevant für den ganzen Kanton. Damit können unter anderem folgende Massnahmen (mit)finanziert werden:

- Basisinfrastrukturen der schnellen (Glasfaser-)Leitungen (von Swisscom, RhB, Kraftwerken, Bundesamt für Strassen u.a.) werden durch den Kanton koordiniert und wo nötig (mit)finanziert. Es soll das «Kantonsstrassenprinzip» gelten, wonach die Täler bis zu den Gemeinde- oder Fraktionsgrenzen koordiniert erschlossen und die Feinverteilung innerhalb durch die Gemeinden erfolgt.
- Schaffung eines Kompetenzzentrums beziehungsweise einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für KMU, Gemeinden, Private. Getragen durch Unternehmen und unter Einbezug der Ausbildungsinstitutionen. Der Kanton stellt Wissen, Kontakte, Netzwerk und eine Mitfinanzierung zur Verfügung.
- Bildungsoffensive: Es muss nicht jeder und jede programmieren können. Aber in der Schule soll das Verständnis für die Vorgänge der digitalen Welt vermittelt werden sowie mehr Kreativität und kritisches Denken, um die Chancen und Risiken dieser digitalen Revolution reflektieren zu können.
- Es braucht eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Berufsleute, deren Arbeitsplätze von der Digitalisierung gefährdet werden.
- Ein Online-Beratungsportal für Bürgerinnen und Bürger im Sinne eines One-Stop-Shops, insbesondere für Fachkräfte und junge, gut qualifizierte Menschen mit Familie, die in Graubünden einen Arbeitsplatz (und schönen Lebensraum!) finden, aber auch Wohnung, Kita, Bergbahnabo, Kulturangebot usw. vermittelt bekommen sollen.

3. Risiken benennen und minimieren – was wir nicht wollen:

Jede industrielle Revolution hat Gewinnerinnen und Gewinner hervorgebracht, aber eben auch Verliererinnen und Verlierer. Deshalb sind auch die Risiken und möglichen negativen Auswirkungen der Digitalisierung offen darzulegen, damit ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür entsteht:

- Der Schutz von persönlichen Daten und gleichzeitig ein freier Zugang für alle zum Netz sind zwei der grössten Herausforderungen. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, Sicherheit und Netzneutralität zu gewährleisten.
- Eine neue Gruppe von Arbeitnehmenden wie Scheinselbstständigen und Freelancern ohne geregelte Sozialleistungen, auf die aber das unternehmerische Risiko abgewälzt wird, ist ein enormes Risiko der digitalen Plattform-Wirtschaft. Dagegen braucht es die nötigen arbeitsrechtlichen Regelungen und genügend Kontrollen.
- Sharing-Systeme, welche nicht auf Teilhabe, sondern Ausnutzung beruhen und die gesetzlichen Bestimmungen unterlaufen, etwa betreffend Beherbergungsabgaben oder Sozialversicherungen, sind streng zu regulieren. Denn diese verkehren die Idee der Sharing Economy ins Gegenteil und verschärfen z. B. die Problematik der Wohnungsknappheit und der hohen Mieten oder betreiben Dumping beim öffentlichen Verkehr.
- Die 24-Stunden-Erreichbarkeit als Arbeitszeitmodell darf sich im Sinne der Lebensqualität und des Gesundheitsschutzes nicht durchsetzen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie heisst nicht, Home-Office zu machen und gleichzeitig die Kinder zu betreuen. Freizeit muss Freizeit bleiben, Kinderbetreuung ist nicht Freizeit.

- Gewinne für wenige Eliten, schlechte Jobs für viele. Auch das ist ein Risiko der Digitalisierung. Die Produktivitätsgewinne müssen gerecht auf alle verteilt werden. Zum Beispiel durch kürzere Arbeitszeiten. Dies bietet eine wirtschaftliche Chance für den Ferien- und Freizeitkanton Graubünden.
- Ein «Strahlenmeer» ist ebenfalls ein Risiko der Digitalisierung. Die Strahlenbelastung muss durch neueste Technologie und Forschung vermindert werden. Das kann eine Win-Win-Situation für den Forschungsplatz Graubünden schaffen. Graubünden soll sich als strahlungsarmes High-Tech-Land profilieren.

Zum Schluss:

Die letzten Jahre waren schwierig für Graubünden. Wirtschaft und Tourismus stockten, die politischen Auseinandersetzungen waren harzig. Jetzt ist es Zeit für einen Schritt vorwärts. Deshalb bin ich überzeugt: Frau Martullo irrt sich. 100 Jahre nach dem Landesstreik, der in der Schweiz beinahe zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hat, brauchen wir keine Kampfansagen an die Sozialpartnerschaft und an Europa. Was hingegen nötig ist, sind Investitionen in Bildung, Forschung und Kultur. So entstehen mehr gute Arbeitsplätze. Und es braucht Massnahmen für anständige Löhne, bezahlbares Wohnen und mehr Kinderbetreuungsangebote. So sichern wir unsere Lebensqualität. Darauf müssen wir aufbauen. Dafür will ich mich auch als Regierungsrat einsetzen. Und dafür, dass der technologische Fortschritt auch zu gesellschaftlichem Fortschritt führt. Diese Politik bringt uns alle und als Kanton einen Schritt vorwärts.

Herzlichen Dank.

